

Dr. Henning von Vieregge

Was uns die Essener Tafel lehrt: Warum gibt es keinen Warnstreik der bürgerschaftlich Engagierten? Warum sind die Tafeln nicht solidarisch?

Kommentar

Den Ehrenamtlichen in Deutschland, mehr als jeder Dritte gehört dazu, fehlt es an Organisations- und Konfliktfähigkeit. Die Solidarität untereinander ist mangelhaft, die Staatsfixierung übertrieben. Dies alles lässt sich am Beispiel der Essener Tafel exemplarisch zeigen. Die hat auf zwei Sachverhalte reagiert: auf die Überlastung der eigenen Möglichkeiten durch steigende Nachfrage und auf die Gefahr einer Verdrängung eines Teils ihrer Altkunden durch Neukunden. Sie reagierte darauf mit einem übergangsweisen Stopp bei der Aufnahme von nichtdeutschen Neukunden. Nahezu der gesamte politische Mainstream (Ausnahmen: Dobrindt, Wagenknecht) kritisierten diese Entscheidung sofort und in scharfem Ton. Auch andere Tafeln kritisierten ihre Essener Kollegen. Die Bundeskanzlerin setzte sich in einem Fernsehinterview an die Spitze der Kritiker. Helferfahrzeuge der Essener wurden mit der Aufschrift „Nazi“ besprüht. Angela Merkel ließ durch ihren Pressesprecher leicht zurückrudern. Der wies darauf hin, dass die Essener Tafel eine eigenständige Organisation sei und drückte die Hoffnung aus, dass man an runden Tischen zu vertretbareren Lösungen komme. Die Bundeskanzlerin wolle sich demnächst in Essen selber ein Bild von der Lage machen. Erst Kritik, dann Faktenprüfung, dann – medial unbeachtet – Relativierung der Kritik: Kann man Politikern einen solchen Medialpopulismus eigentlich austreiben?

Meiner Meinung nach wäre die Debatte anders gelaufen, hätte die Essener Tafel die einhellige Solidarität aller Tafeln in Deutschland und anderer großer zivilgesellschaftliche Organisationen erfahren. Dabei geht es nicht um den Beschluss und seine Begründungen in jedem Detail und jeder Wortwahl, sondern um die Solidarität von ehrenamtlicher Organisation zu ehrenamtlicher Organisation. Das gemeinsame Interesse liegt in der Abwehr von Respektlosigkeit gegenüber den Ehrenamtlichen insgesamt und den bei den Tafeln Arbeitenden speziell. Wer bürgerschaftliches Engagement nutzt, aber Eigensinn politisch nicht ernst nimmt, gehört an den Pranger.

Allerdings muss sich auch die Tafelbewegung der Selbstkritik stellen: Spätestens auf die Kritik der Bundeskanzlerin hätten alle Tafeln sofort mit einem einwöchigen Warnstreik antworten sollen. Sie hätten von sich aus die Bundeskanzlerin und die zuständigen Fachminister zur Anhörung auffordern sollen, verknüpft mit der Drohung, andernfalls den Warnstreik fortzusetzen. Alle drei wichtigen Themen (Ressourcen bei der Armutsbekämpfung, Verdrängung von „Alt-Bedürftigen“ und Arbeitsteilung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und

Staat) hätte ein solcher Schritt auf der politischen Agenda endlich nach oben befördert. Aber noch fehlt der Zivilgesellschaft die Bereitschaft und die Fähigkeit zu einem solchen Konflikt mit der Politik.

Autor

Dr. Henning von Vieregge, ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Verbändereport“, arbeitet zur Zeit als Assoziierter Wissenschaftler am Maecenata Institut, Think Tank für Zivilgesellschaft, Berlin und am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, Hannover, im Themenfeld „Kirche und Zivilgesellschaft“, Autor des Buches „Neustart mit 60, Anstiftung zum dynamischen Ruhestand“ (Wiesbaden 2016).

Kontakt: henningvonvieregge@gmail.com

Weitere Informationen: www.vonvieregge.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de